

Die arabischen Christen im Nahost-Konflikt

Über die arabischen Christen herrschen im allgemeinen vage oder gar falsche Vorstellungen. Die Frage ist zunächst: Wie kommen diese Christen in den vorwiegend islamischen Raum, der jetzt in den Nahost-Konflikt verwickelt ist? Bei dem Kampf zwischen Israelis und Arabern sind Ägypten, Jordanien, Syrien, Irak und der Libanon unmittelbar beteiligt. Nur im Libanon halten sich Christen und Moslems ungefähr die Waage. Die anderen Länder sind überwiegend islamisch.

Die arabischen Christen sind die Nachkommen der christlichen Bewohner dieser Länder zur Zeit der arabischen Invasion, die um 634 begann. Abgesehen von einem Teil Jordaniens, der arabisch, und des Iraks, der persisch war, bildeten die Christen in diesen Ländern damals die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Sie sprachen griechisch, syrisch, aramäisch oder koptisch. Im Lauf der Zeit nahmen sie die Sprache der arabischen Eroberer an, betrachteten mehr und mehr deren Kulturgüter auch als ihre eigenen und begannen sich als Araber zu fühlen. Infolge der 1300 Jahre währenden Bedrückung durch die Moslems sind sie heute eine – immerhin respektable – Minderheit. Von den rund 50 Millionen Einwohnern dieser Gebiete sind etwas mehr als 10 Prozent Christen. (Wegen der Ungenauigkeit der Religionsstatistiken im Nahen Osten lassen sich immer nur ungefähre Größenordnungen angeben.)

Es scheint nicht selbstverständlich, daß es noch heute Nachkommen der Christen gibt, die zur Zeit der Araber-Invasion lebten, und daß sie nicht alle von den Eroberern ausgerottet wurden. Das „Sekretariat für die nichtchristlichen Religionen“ gab 1969 „Richtlinien für den Dialog zwischen Christen und Moslems“ heraus. Hier wird als Voraussetzung eines Dialogs verlangt, daß sich die Christen von den gängigen Vorurteilen gegenüber den Moslems befreien, so auch von dem Vorurteil des „Fanatismus“ des Islams, der sich darin gezeigt haben soll, daß die Moslems den eroberten Gebieten ihre Religion mit den Waffen aufzwangen und jeden mit dem Schwert umbrachten, der ihrer Aufforderung: „Glaub oder stirb!“ widerstand. Demgegenüber betont die Instruktion die Toleranz des Islams und seinen Respekt für den Glauben der „Leute des Buchs“, zu denen auch Christen und Juden gehören, weil sie nach der Überzeugung der Moslems von Gott geoffenbarte Bücher besitzen. Der Steuerdruck und der mindere soziale Status der Christen in den eroberten Ländern ließ freilich ihre Zahl mit der Zeit zurückgehen. Dennoch leben noch heute zum Beispiel in Ägypten mindestens vier Millionen koptische Christen (nach ihren eigenen Angaben sechs oder sieben Millionen).

Der Nahost-Konflikt hat für das Verhältnis zwischen Christen und Moslems eine

neue Lage geschaffen. Beide betrachten die Sache der arabischen Palästinenser, die meist Moslems, zu einem kleinen Teil aber auch Christen sind, als ihre eigene nationale Sache. Es ist erstaunlich, daß nun aus den arabischen Eroberern und den unterworfenen, „beschützten“ Christen eine einzige Nation geworden zu sein scheint.

Gemeinsames nationales Bewußtsein

Das gemeinsame nationale Bewußtsein wird durch viele Beispiele belegt. So befand sich unter den Teilnehmern des islamischen Kongresses in Lahore (Pakistan) im Februar 1974 unter anderen Christen auch der griechisch-orthodoxe Patriarch von Antiochien, Elias IV. Er hielt eine feurige Rede für die Sache der Palästinenser, in der er unter anderem sagte: „Wir sind zu euch gekommen von unseren Kirchen des Ostens, um die sehr enge Freundschaft, die uns verbindet, zu stärken. Wir sind uns unserer Pflicht bewußt, an die ganze Christenheit einen flammenden Appell zugunsten Palästinas zu richten.“ Der Patriarch setzte sich ganz besonders für die Heilige Stadt Jerusalem ein, die unter jüdischer Besetzung in Gefahr sei, ihren für Christen wie für Moslems heiligen Charakter zu verlieren.

Der koptische Patriarch Amba Schenuda III., unter dem die koptische Kirche einen ungeahnten Aufschwung nahm, sprach beim zwanzigjährigen Jahrestag der ägyptischen Revolution am 23. Juli 1972 von der „Einheit der beiden Elemente unserer Nation, der Moslems und der Christen“. Der Groß-Imam Dr. Mohammed Al-Fatham, Scheich der islamischen Universität Al-Azhar von Kairo, äußerte sich im gleichen Sinn. Die Einheit der Ägypter stütze sich auf die gemeinsame Nationalität und die gemeinsame Gefahr, die vom zionistischen Feind drohe. Die christliche Religion betrachtet der Scheich als eine von Gott geoffenbarte Religion, die er aus diesem Grund, und nicht allein aus Erwägungen politischer Natur, respektiert.

Der Fall Capucci

Wie sehr die Christen die Sache der aus Palästina vertriebenen oder geflüchteten Araber zu ihrer eigenen machen, beweist der für westliche Christen schwer verständliche Fall Capucci. Hilarion Capucci, griechisch-katholischer Bischof von Jerusalem, wurde am 9. Dezember 1974 von den Israelis verurteilt, weil er bei den Reisen, die ihm die israelische Regierung zur Ausübung seines geistlichen Amts erlaubt hatte, in seinem Wagen Waffen für die palästinensischen Freiheitskämpfer geschmuggelt hatte. Am Tag nach der Verurteilung gab der Vatikan eine Erklärung heraus, die ein Meisterstück der Diplomatie ist. Der Vatikan leugnet nicht die dem Bischof zur Last gelegten Taten, verurteilt sie jedoch auch nicht eindeutig. Die Erklärung bedauert lediglich, daß das Urteil gegen Capucci Spannungen zwischen Israel und den Arabern weiter ver-

stärke, und betont den Willen der vatikanischen Stellen, den Fall weiterzuverfolgen und eine Lösung zu suchen, die der Versöhnung im Heiligen Land dienen könne.

Man muß bei der Beurteilung eines solchen Falls beachten, daß religiöse Autoritäten in islamischen Ländern immer gewohnt waren, sich für alle Interessen ihrer Gläubigen einzusetzen. Daß ein katholischer Bischof unter persönlichem Risiko zugunsten der Araber handelte, beweist besser als vieles andere, wie sehr die Christen die arabische Sache als ihre eigene betrachten. Der Patriarch, Maximos V. Hakim, stellte sich vorbehaltlos hinter seinen Bischof und Stellvertreter in Jerusalem. In einer Botschaft an seine Gläubigen vom 12. Januar 1975 äußerte er die Hoffnung, der Fall Capucci werde die Israelis zur Einsicht bringen, daß sie die Sache der Palästinenser früher oder später berücksichtigen müßten. Bei einer Zusammenkunft von Christen und Moslems am 16. Januar 1975 in Kairo sagte der Patriarch: „Wir wußten von vornherein, daß das israelische Gericht Msgr. Capucci verurteilen werde. Er hatte sich als Araber bekannt und Jerusalem als arabische Stadt proklamiert . . . Die Treue zum Vaterland war für ihn Teil seines Glaubens, und es galt ihm als religiöse Pflicht, sein Vaterland mit allen nur möglichen Mitteln zu verteidigen.“ Maximos wies darauf hin, daß sich der französische Klerus im letzten Weltkrieg beim Widerstand gegen die deutschen Besatzungstruppen ähnlich verhalten habe.

Die arabische Presse reagierte auf das Tun des Bischofs und die Rede des Patriarchen naturgemäß außerordentlich positiv. Yasser Arafat, der Führer der palästinensischen Befreiungsbewegung, nannte Bischof Capucci „ein Symbol des militanten Widerstands“.

Die israelische Presse zeigte sich empört, daß ein hoher kirchlicher Amtsträger das Vertrauen der Regierung mißbrauchte, die ihm die Ausübung seines Amtes erleichtern wollte. Trotzdem sucht der politische Kommentator des „Journal d'Israel“ Capucci zu begreifen: Der griechische Klerus habe sich während der Türkenherrschaft immer auch für die nationalen Belange eingesetzt. Erzbischof Damaskinos von Athen sei im Widerstand gegen die Deutschen führend gewesen. Er wies auch auf das Beispiel des Erzbischofs Makarios von Zypern hin.

Christen und Moslems im Libanon

Im Libanon liegen die Verhältnisse erheblich anders als in den übrigen arabischen Ländern. Für den christlichen Libanesen ist der Libanon sein Staat und seine Nation, für den Moslem dagegen steht die arabische Gesamtnation vor dem Libanon. Für die Christen ist es eine unerträgliche Situation, daß sie im eigenen Land die fremde Armee der Palästinenser dulden müssen, die zahlreicher ist und eine bessere Bewaffnung besitzt als die libanesischen Truppen. Die Folge ist, daß sich die Bürger mehr und mehr selbst bewaffnen. Welche Zerstörungen die Kämpfe in den letzten Monaten anrichteten und wie viele Opfer sie kosteten, ist wenigstens in den Umrissen bekannt. Trotzdem fehlt

es auch im Libanon nicht an Bekenntnissen zur gemeinsamen arabischen Sache in Palästina.

In der Nacht vom 9. zum 10. April 1973 tötete ein israelisches Kommando in einem Beiruter Hotel mehrere führende Männer der arabischen Freiheitsbewegung, darunter einen Christen. Die Israelis kamen unbehelligt davon. Bei einem Besuch in Beirut im Juli 1973 zeigte man mir dieses Hotel. Ringsherum liegen Kasernen, voll von libanesischem Militär. Niemand hatte einen Finger gerührt, um die palästinensischen Führer zu schützen oder etwas gegen die Israelis zu unternehmen. Beim Begräbnis der Opfer am 12. April jedoch nahmen etwa 250 000 Personen teil, darunter 20 000 Bewaffnete – eine Massenkundgebung zugunsten der palästinensischen Freiheitsbewegung. Von der Regierung ließ sich niemand dabei sehen.

Die christlich-arabische Presse, auch in Libanon, setzt sich lautstark für die arabische Sache ein. Auch die christlichen Phalangen unter Führung von Pierre Gemayil haben nie für die Hinnahme eines israelischen Staats plädiert. Bei einem Treffen von Altschülern der Jesuiten im November 1969 im Kolleg von Jamhour bei Beirut sprach auch der Mufti der libanesischen Republik, Scheich Hassan Khaled: Christen und Moslems seien Glieder desselben Volks; der Libanon gehöre weder den Moslems noch den Christen allein. Dennoch sind die religiösen Unterschiede in diesem „einen“ Volk der tiefste Grund der blutigen Kämpfe im Libanon.

Prinzipielle Rechtsgleichheit aller

Die führenden Männer der arabischen Welt werden nicht müde, die Einheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von Moslems und Christen hervorzuheben. Man täte ihnen unrecht, wollte man ihren Worten keinen Glauben schenken. Freilich ist die von oben gepredigte Gesinnung noch lange nicht bis in die unteren Ränge der islamischen Bevölkerung gedrungen. Dort herrscht nach wie vor das Überlegenheitsgefühl der Eroberer den unterworfenen Christen gegenüber.

Auch in der Gesetzgebung der arabischen Staaten muß man einen Widerspruch feststellen zwischen den Versicherungen der vollen Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Religion und den Überresten der alten islamischen Vorstellung, daß der Islam die herrschende Religion ist und daß das von Gott geoffenbarte Gesetz der Saria die Hauptgrundlage auch der heutigen staatlichen Gesetzgebung darstellt.

In den Reden der führenden Männer wird die Gleichheit aller Bürger hervorgehoben. Bei der Grundsteinlegung der neuen koptischen Kathedrale in Kairo am 24. Juli 1965 hielt der damalige Präsident Nasser eine programmatische Rede über die Brüderlichkeit zwischen Christen und Moslems, die zusammen das ägyptische Volk bilden. Die Regierung hatte zum Bau der Kathedrale die nicht unerhebliche Summe von 150 000 ägyptischen Pfund beigesteuert. Es war zum ersten Mal seit der Revolution

von 1952, daß der Präsident an einer nichtmohammedanischen religiösen Feier teilnahm. Nasser sagte unter anderem: „Unsere Revolution ist wesentlich begründet auf der Brüderlichkeit, auf keinen Fall auf dem Haß oder dem Fanatismus. Die Revolution ist für Ägypten und für alle Araber unternommen worden. Sie hat zum Ziel die Gleichheit der Erfolgsaussichten für jeden und die Brüderlichkeit aller . . . Nur durch die Brüderlichkeit und die Gleichheit können wir eine gesunde Gemeinschaft aufbauen.“ Etwas zu summarisch behandelte Nasser die Geschichte der Beziehungen zwischen Moslems und Kopten von der Zeit der arabischen Eroberung bis heute. Die Moslems hätten niemals mit Gewalt jemanden zu ihrer Religion bekehrt; sie hätten in den Christen immer Brüder gesehen – eine in den Grundzügen richtige Aussage, die jedoch die Verfolgungsperioden unter dem Fatimidischen Kalifen al-Hakim (996–1021) oder zur Zeit der mamelukischen Herrschaft in Ägypten (1250–1517) ignoriert. Von dem ständig wachsenden Steuerdruck, der die Kopten bisweilen zum Aufstand gegen ihre islamischen Herren getrieben hat, und von der sozialen Ungleichheit schwieg Nasser völlig. Von der Gegenwart sagte er: „Auf der Grundlage der Brüderlichkeit und der Chancengleichheit sind wir imstande, ein mächtiges Vaterland aufzubauen.“

Nicht anders redet Präsident Sadat. Bei dem Kongreß der „Sozialistischen arabischen Union“, der ägyptischen Einheitspartei, im Juli 1972 sagte er: „Die Feinde unserer Nation haben an der nationalen Einheit zwischen Moslems und Christen Zweifel erwecken wollen. Aber sie mögen tun, was sie wollen, sie werden ihr Ziel nicht erreichen.“ Bei der Abschlusssitzung des Kongresses waren Patriarch Schenuda und der Groß-Imam Al-Fatham anwesend. Sie gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die feste Haltung des Präsidenten zugunsten der nationalen Einheit begrüßten. In einer Rede vor dem Parlament erklärte Sadat am 28. Dezember 1972: „Ich werde niemals eine konfessionalistische Stimme dulden, von welcher Person oder von welcher Seite sie auch kommen mag . . . Der Staat ist imstande, die volle Gleichheit aller Bürger sicherzustellen.“ Auch die palästinensische Freiheitsbewegung versprach auf einem Kongreß im April 1972 in Kairo Gleichheit der Rechte für alle und verurteilte jede Intoleranz wegen Rasse oder Religion.

Die Gleichheit aller vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf die Religion ist auch in den Verfassungen der meisten arabischen Länder verankert. Gleichzeitig wird jedoch der Islam als Staatsreligion und das „geoffenbarte“ Gesetz der Saria als Hauptgrundlage der Gesetzgebung erklärt.

Der Islam als Staatsreligion

Nach Artikel 2 der Verfassung der „Arabischen Republik Ägypten“ ist der Islam die Religion des Staats, und die Grundsätze der Saria sind die Hauptquelle der Gesetzgebung. Das heißt konkret, daß das ganze öffentliche Leben vom Islam geprägt ist, daß Moscheen – im Gegensatz zu Kirchen – ohne besondere Formalitäten gebaut wer-

den können, daß der Staat zahlreiche islamische Schulen mit Steuergeldern auch der christlichen Ägypter unterhält, daß die Universität Al-Azhar auf Staatskosten zahlreiche islamische Missionare für Afrika ausbildet. Wenn die Gesetzgebung auf der Saria fußt, sind dann die Christen immer noch bloße „Beschützte“, Beisassen des eigentlichen Kernvolks des islamischen Staatswesens, für das nach dem Koran und der gesamten islamischen Tradition das von Gott durch den Propheten offenbarte Gesetz die Grundlage seiner Existenz ist?

Im Koran (Sure 3, Vers 110) redet der Prophet sein Volk so an: „Ihr seid das beste Volk (Umma) unter den Menschen. Fördert die Gerechtigkeit und verhindert die Ungerechtigkeit und glaubt an Gott! Wenn die Angehörigen des Volks des Buchs (Christen und Juden) auch glaubten, wäre es besser für sie. Es gibt unter ihnen auch Gläubige; aber die meisten sind Gottlose.“ Zu dieser Umma, dem auserwählten Volk Gottes, kann keiner gehören, der nicht die durch Mohammed, das „Siegel der Propheten“, endgültig ergangene Offenbarung Gottes annimmt.

Das Problem, wie man die Christen, die im Sinn Mohammeds „Ungläubige“ sind, mit den gläubigen Moslems in ein einziges Volk integrieren kann, ist bis heute ungelöst. Die Saria des Propheten läßt sich mit einer wahren Gleichheit, wie sie heute führende Männer der arabischen Welt predigen, nicht vereinen. Die „Umma“ des Propheten, die sich vom offenbarten Gesetz Gottes leiten läßt, ist in dieser Sicht das auserwählte Volk. Alle anderen Einwohner eines Staats, der den Islam als Staatsreligion und die Saria als Hauptquelle der Gesetzgebung anerkennt, können dann unmöglich auf gleicher Stufe stehen mit den Gliedern des auserwählten Volkes Gottes, die zur islamischen Gemeinde gehören.

Schwierigkeiten in der Praxis: Eherecht und Kirchenbau

Darüber hinaus wurden im Lauf der Zeit den Nichtmuslimen eine Reihe von Rechten entzogen, die sie unter islamischer Herrschaft noch Jahrhunderte besaßen. Dazu gehört das Recht, die Ehe- und Familienangelegenheiten in eigenen Gerichtshöfen durch Angehörige ihrer eigenen Religion zu entscheiden. Diese Gerichtshöfe der christlichen Kommunitäten wurden in Ägypten durch ein Dekret vom 21. Dezember 1955 als mit einem modernen Staat unvereinbar kurzerhand abgeschafft. Formell galt dies auch für die islamischen Gerichte. Aber sie blieben einfach als staatliche Behörden bestehen.

Gerade in der Ehe- und Familiengesetzgebung haben Islam und Christentum grundverschiedene Auffassungen. Im Islam ist die Polygamie zulässig, im Christentum gibt es nur die Monogamie. Im Islam ist die Ehescheidung außerordentlich leicht, bei den Katholiken dagegen ausgeschlossen und bei den nichtkatholischen Christen nur in bestimmten Ausnahmefällen möglich. Auch die ägyptische Revolution von 1952 ließ das Eherecht gemäß der Saria bestehen. Die Säkularisierung der konfessionellen Gerichte

oder, genauer gesagt, ihre Ersetzung durch bürgerliche Gerichte würde eine Säkularisierung des Eherechts voraussetzen. Das bedeutete letztlich die volle religiöse Neutralität des Staats, und diese gibt es in einem islamischen Staat wie Ägypten nicht. In den allein noch vorhandenen staatlichen Gerichten, die in Wirklichkeit islamischen Charakter haben, müssen nun moslemische Richter in Eheangelegenheiten von Christen nach christlichem Recht, das sie herzlich schlecht kennen, entscheiden. Daß dies zu schweren Unzuträglichkeiten führen muß, liegt auf der Hand. Moslems und Christen können nur dann Gleichberechtigung erlangen, wenn der Staat aufhört, ein islamischer Staat zu sein.

Die ägyptischen Christen haben noch andere Beschwerden vorzubringen, und das trotz ihrer absoluten Loyalität und ihrem Einsatz für ihr Vaterland in den Kriegen von 1967 und 1973. Für den Bau einer christlichen Kirche braucht es immer noch die ausdrückliche Erlaubnis durch ein Dekret des Präsidenten der Republik, auf das man oft jahrelang warten muß, weil untergeordnete Stellen das Gesuch nicht weitergeben. Das alte islamische Recht verbietet überhaupt den Bau neuer christlicher Kirchen. Daß dies jetzt mit Erlaubnis des Präsidenten möglich ist, bedeutet bereits einen Fortschritt, der aber von fanatischen Moslems sabotiert wird. Die Christen helfen sich, indem sie Gebäude errichten, die angeblich profanen Zwecken dienen, aber dann in Kirchen umgewandelt werden. Die Moslems reagieren bisweilen heftig. So besetzten sie in Mandara bei Alexandrien eine im Bau befindliche Kirche und machten aus ihr eine Moschee. In Sanhour, einer Ortschaft im Nil-Delta, steckten Moslems eine ohne Erlaubnis gebaute Kirche in Brand, als gerade der Bischof, Msgr. Beheira, zur Visitation in der Kirche anwesend war. Der Bürgermeister forderte den Bischof auf, die Kirche zu verlassen, da seine Gegenwart die Moslems beleidige. Der Bischof weigerte sich, und es kam zu einem Handgemein. Die Polizei tat nichts, um die Zerstörung der Kirche zu verhindern. Die Beschwerde der Kopten beim Präsidenten Sadat hatte allerdings Erfolg. Er schickte einen eigenen Beauftragten zum Patriarchen, der ihm sein Bedauern über das Geschehene ausdrücken sollte, und erteilte die Erlaubnis zum Bau der Kirche. Der Patriarch verzichtete auf gerichtliche Verfolgung der Schuldigen.

Zu Beginn des Ramadan, des islamischen Fastenmonats, versammelten sich im November 1972 etwa 500 Moslems vor einem Gebäude in Khankan bei Kairo, das die Christen als Kirche benutzten. Sie legten Feuer an, ohne daß die Polizei sich rührte. Am folgenden Sonntag kamen Scharen von Kopten aus Kairo, um in den Ruinen der Kirche Gottesdienst zu halten. Der Priester, der den Gottesdienst leitete, sagte dazu: „Die diese Kirche verbrannt haben, sind keine echten Moslems. Unsere moslemischen Freunde haben diese verbrecherische Aktion verurteilt. Christen und Moslems haben jahrhundertlang als Brüder zusammengelebt.“ Er forderte die Gläubigen auf, ihre Treue zu Präsident Sadat zu bekräftigen. Man formulierte eine Beschwerde an ihn. Sadat setzte sofort eine parlamentarische Untersuchungskommission ein und drohte strenge Maßnahmen gegen alle Urheber religiöser Unruhen an. Ein verleumderisches Flugblatt gegen den Patriarchen wurde verboten. Aber die Hauptforderung, die Frei-

gabe des Baus christlicher Kirchen, erreichten die Christen nicht. Jetzt ist es im ganzen ruhiger geworden.

Diese und ähnliche Vorkommnisse beweisen, daß die bürgerliche Gleichberechtigung in einem verfassungsrechtlich islamischen Staat ein Grundproblem darstellt. Die leitenden Männer möchten aus Moslems und Christen eine Nation machen. Aber es gelingt ihnen nicht, bei den unteren Schichten die tief eingewurzelten Vorurteile gegen die Christen als die Unterworfenen, als Bürger zweiter Klasse zu überwinden. Ein Christ kommt nur selten in ein hohes Staatsamt oder in die höheren Ränge der Armee. Nach den Angaben Nassers bei der Grundsteinlegung der koptischen Kathedrale in Kairo hänge die Zulassung zur Universität ausschließlich von der Punktezahl beim Vorbereitungsexamen ab, und zwischen 30 und 50 Prozent der Universitätsstudenten seien Christen. Auch bei der Besetzung der Ämter spiele die Religion keine Rolle. Nasser gab allerdings zu, daß es Ausnahmefälle gebe – die freilich verhältnismäßig zahlreich zu sein scheinen.

Die in der Verfassung garantierte volle Religionsfreiheit gilt auch für die Moslems dann nicht mehr in vollem Umfang, wenn sie Christen werden wollen. Manche haben keine Schwierigkeiten, bei anderen kommt es zu schweren Auseinandersetzungen zum Beispiel mit der Familie. Ein Moslem, der Christ werden will, muß jedenfalls wirtschaftlich selbständig sein, was heute für die wenigsten zutrifft. Studenten, die zur koptischen Kirche übergetreten waren, mußten sich vor einigen Jahren heftige Proteste anhören. Beim Festgottesdienst in der Moschee drohte man diesen „Abtrünnigen“ sogar den Tod an.

Syrien und Irak

In Syrien enthält die Verfassung von 1973, wie schon die von 1950, kein Wort über den Islam als Staatsreligion. Vor dem Volksentscheid über die neue Verfassung kam es zu Unruhen. Viele verlangten die Abschaffung des Artikels, der allen volle Religionsfreiheit zusicherte. Um die Opposition zu beruhigen, ergänzte man die Verfassung um einen Artikel, der vom Staatsoberhaupt Zugehörigkeit zum Islam verlangt. Nach dieser Verfassung ist das islamische Recht eine – vorher: die – Hauptquelle der Gesetzgebung. Den Christen gelang es nicht, in die Verfassung Garantien für ihre traditionelle Sondergesetzgebung in Ehe- und Familienangelegenheiten hineinzubringen. Immerhin erreichten sie die Rückgabe der 1967 verstaatlichten Schulen.

Im Irak, wo nach Artikel 4 der Verfassung vom Jahr 1970 der Islam Staatsreligion ist, wird allen Bürgern unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit Gleichheit vor dem Gesetz zugesichert. Die Christen sind jedoch nur eine sehr kleine Minderheit.

Die Probleme, die seit 13 Jahrhunderten das Verhältnis von Moslems und Christen belasteten, wurden auch durch das Zusammenstehen im Nahost-Konflikt nicht mit einem Schlag aus der Welt geschafft. Die leitenden Männer haben zweifellos guten Willen. Aber es braucht Zeit, bis tiefverwurzelte Vorurteile überwunden sind.